Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungshändlern und in allen Kiosken erhältlich

Arbeiterstimme

Tageszeitung der KPD. / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostsachsen

Beilagen: Der Rote Stern, Die Kommunistin, Der kommunistische Gewerkschafter, Der kommunistische Genossenschafter, Wirtschaftliche Rundschau, Kunst und Wissen

Bezugspreis für den Monat frei Haus 2 RM. (Halbmonatlich 1 RM.); durch die Post bezogen monatlich 2 RM. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: „Arbeiterstimme", Dresden-A. 1, Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprech-Sammelnummer 17 259 / Postscheckkonto Dresden Nr. 13 593, Emil Schlegel / Schriftleitung: Dresden-A. 1, Güterbahnhofstr. 2 / Fernspr.: Amt Dresden Nr. 17 259 / Druckerei: „Arbeiterstimme" Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Wochentags 6—8 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

Anzeigenpreis: Die neunmal gespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 0,40 RM., für Familienanzeigen 0,30 RM., für die Reklamezeile anschließend an den dreigespaltenen Textteilteil 1,25 RM. Anzeigen-Annahme tags vorher bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition Dresden-A. 1, Güterbahnhofstraße 2 / Die „Arbeiterstimme" erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

2. Jahrgang — Montag, den 13. Dezember 1926 — Nummer 278

Anschwellen der Arbeitslosenziffern

„Weihnachtsbescherung" für die Erwerbslosen

Im Haushaltausschuß des Reichstages steht gegenwärtig der Nachtragsetat des Reichsarbeitsministeriums zur Beratung. Für diese Beratungen hatten die Kommunisten bereits eine Reihe Anträge im Sinne einer Heraufsetzung der Bezüge der Erwerbslosen, der Sozialrentner usw. vorbereitet. Um den Kampf für diese Anträge von vornherein abzubiegen, brachte das Zentrum am Sonnabend im Sozialpolitischen Ausschuß einen Antrag auf Gewährung einer einmaligen Beihilfe mit der Begründung ein, daß im Haushaltausschuß eine sachliche Beratung der Fragen nicht notwendig sei. Dies war gleichzeitig die Erklärung dafür, daß man im Haushaltausschuß auf jeden Fall einen Kampf um weitergehende Anträge verhindern will.

Gemäß dem Zentrumsantrag sollen die Erwerbslosen, die über 26 Wochen erwerbslos sind, einen Betrag in Höhe von einer halben Wochenunterstützung erhalten. Die Empfänger von Renten aus der Invalidenversicherung sollen einen Betrag von 6 Mark auf jede Invaliden- und Witwenrente und von 3 Mark auf jede Waisenrente erhalten. Die zum Empfang von Kleinrentnerfürsorge berechtigten Personen sollen einen Betrag von je einem Drittel der Monatsunterstützung erhalten.

Genosse Rädel verlangte, daß die für den Haushaltausschuß vorgesehenen Anträge der Kommunisten gleichfalls mit zur Beratung gestellt werden sollten. Dem wurde entsprochen. Von den Sozialdemokraten polemisierte die Abgeordnete Schroeder gegen den Zentrumsantrag und reichte ihrerseits einen Abänderungsantrag ein.

Genosse Rädel stellte in seinen Ausführungen die Absicht der Regierungsparteien fest, durch den vorliegenden Zentrumsantrag den Kampf um eine allgemeine Erhöhung der sozialen Bezüge zu verhindern. Er wies auf die grenzenlose Verhöhnung der Empfänger sozialer Bezüge durch den Zentrumsantrag hin, indem er einen Vergleich zog zwischen den für die hohen Beamten beschlossenen Beihilfen und den Beihilfen für die Bezieher sozialer Bezüge. Ein Beamter der Gehaltsgruppe 7, der im Monat 700 bis 900 Mark verdient, bekommt eine Weihnachtsbeihilfe von 60 Mark, während man den jämmerlich unterstützten Erwerbslosen und den Sozialrentnern Beträge in Höhe von 4 bis 6 Mark anbietet. Genosse Rädel erklärt, daß die Kommunisten grundsätzlich für die Heraufsetzung der Bezüge in solcher Höhe eintreten, damit eine ausreichende Lebenshaltung gewährleistet ist. Deshalb hätten die Kommunisten noch außer den Anträgen zum Nachtragsetat im Plenum bereits einen Gesetzentwurf zur Versorgung der Kriegsopfer und einen Antrag zur Erhöhung der Sozialrenten eingebracht. Wenn die Kommunisten ebenfalls für die Gewährung einer Beihilfe eintreten, so geben sie damit ihre grundsätzliche Stellung, die durch die genannten Anträge dargestellt wird, nicht auf.

Lächerliche Weihnachtsunterstützung für Erwerbslose

Im Haushaltsausschuß des Reichstages wurde ein kommunistischer Antrag, der für die Erwerbslosenunterstützung 300 Millionen Mark bereitgestellt wissen will, abgelehnt. Auch die Sozialdemokraten stimmten aus „formalen" Gründen gegen den kommunistischen Antrag und mit den Bürgern für die Bereitstellung von 60 Millionen Mark. Die Kommunisten begründeten ihren Antrag damit, daß die Zahl der Erwerbslosen im Winter noch steigen werde und mit einer Abnahme der Erwerbslosigkeit in absehbarer Zeit nicht zu rechnen sei, dagegen die Unterstützungen für Erwerbslose unbedingt erhöht werden müßten.

Entsprechend den am selben Tage im Sozialpolitischen Ausschuß des Reichstages gefaßten Beschlüssen stellte sich der Haushaltausschuß des Reichstages auf den Standpunkt, daß eine halbe Wochenunterstützung als „Weihnachtsbeihilfe für die Erwerbslosen ausreiche". Verbesserungsanträge wurden gegen die Stimmen der KPD und SPD abgelehnt. Die Kommunisten verlangten eine Erhöhung der allgemeinen Bezüge.

Die Kommunisten hatten weiter 5 Millionen Mark für die erwerbslosen Schauspieler gefordert, die Mittel sollten der Bühnengenossenschaft überwiesen werden. Die Regierung sprach sich gegen die Bewilligung aus, versprach aber, sich mit der Bühnengenossenschaft in Verbindung zu setzen. Gegen den kommunistischen Antrag stimmten die bürgerlichen Parteien und die Sozialdemokraten.

Starkes Steigen der Erwerbslosigkeit

7000 wöchentliche Zunahme in Berlin.

Aus allen Teilen des Reiches wird ein sprunghaftes Wiederansteigen der Erwerbslosenziffern gemeldet. Nach einer Mitteilung der „Roten Fahne" beträgt die Zunahme der Arbeitslosigkeit in Berlin in der letzten Woche 7177 Personen. Damit ist die höchste Steigerung in der seit längerer Zeit eingetretenen Aufwärtsbewegung zu verzeichnen. In der Vorwoche waren bei den Arbeitsnachweisen 241 830 Personen eingetragen. Am Ende der letzten Woche war diese Zahl auf 248 007 hinaufgeschnellt. Darunter befanden sich 158 527 männliche und 92 480 weibliche Personen. Unterstützung bezogen 107 197 männliche und 58 866 weibliche, insgesamt 166 063 Personen.

Die Entwicklung der Erwerbslosenziffern in der zweiten Novemberhälfte zeigt im Reichsmaßstab allgemein ein beständiges, aber fortwährendes Steigen. Die sprunghafte Zunahme der Hauptunterstützungsempfänger in der Erwerbslosenfürsorge ist jedoch stärker, als wie das in dieser Jahreszeit regelmäßig geschieht. In der Zeit vom 15. November bis 1. Dezember ist die Zahl der männlichen Hauptunterstützungsempfänger von 1 079 000 auf 1 124 000 gestiegen, die der weiblichen von 237 000 auf 245 000, die Gesamtzahl von 1 316 000 auf 1 369 000. Die Gesamtzunahme beträgt rund 53 000 oder 4 Prozent. Die Zahl der Zuschlagempfänger (unterstützungsberechtigten Familienangehörigen) ist im gleichen Zeitraum von 1 391 000 auf 1 461 000 gestiegen. Während des ganzen Monats November beträgt die Zunahme in der Zahl der Hauptunterstützungsempfänger rund 61 000, das sind 4,7 Prozent.

Mit diesem gewaltigen Emporsteigen der Erwerbslosenzahlen schwillt auch die Not der Arbeitslosen, insbesondere der Ausgesteuerten. Die weitere Erhöhung der Erwerbslosenbezüge, die Ausdehnung der Unterstützung auf alle Erwerbslosen bleiben die brennendsten Forderungen der Stunde. Die Zahl der Ausgesteuerten, die jetzt seit länger als 52 Wochen erwerbslos auf der Straße liegen, schwillt gewaltig an. Das grauenhafte Elend in den Familien der Arbeitslosen steigt ins Unerträgliche. Die weitere Verschärfung in der Erwerbslosenfrage ist zugleich auch die dringende Mahnung, endlich den Kampf um die Verkürzung der Arbeitszeit mit allen Kräften zu beginnen. Wie an einer anderen Stelle gemeldet wird, hat der Bundesausschuß des ADGB am vergangenen Sonnabend und Sonntag zu der Frage der Arbeitszeitverkürzung Stellung genommen. Kampfbeschlüsse hat der ADGB auch diesmal nicht gefaßt. Jetzt muß es genug sein mit den Bittgängen und Bittschriften. Genug des Notgesetzschwindels! Schluß mit dem Koalitionsschacher und der Ueberstundenwirtschaft! Jetzt gilt es, den Druck auf die ADGB-Instanzen zu verschärfen. Erwerbslose und Betriebstätige müssen jetzt verlangen, daß endlich der Kampf um die Verkürzung der Arbeitszeit auf der ganzen Linie aufgenommen wird.

Genfer Lehren

Die Dezembertagung des Völkerbundrates war dadurch charakterisiert, daß es eigentlich keine Tagung des Völkerbundrates gegeben hat. Die Vertreter der Großmächte konferierten in geheimen Konventikeln zu zweit, zu dritt oder zu viert, die anderen Mitglieder des sogenannten Völkerbundrates durften in den Vorzimmern warten, bis ihnen die Vertreter der großen imperialistischen Mächte in geheimen Instruktionsstunden mitzuteilen geruhten, für welche feststehenden Beschlüsse sie in der öffentlichen Schlußsitzung ihre Hände erheben müssen. Diese Methode der Verhandlungen hat die Lüge von der Gleichberechtigung der Völkerbundmitglieder gründlich zerstört und gezeigt, daß die imperialistischen Großmächte hinter den Kulissen von Genf zu den Vorkriegsmethoden der Geheimbesprechungen auch formell zurückgekehrt sind. Ebenso zerstört wurde die Illusion, als würde Deutschland als Mitglied des Völkerbundrates an den es interessierenden Entschlüssen mitwirken können. In allen Deutschland interessierenden Fragen wurde formell genau so die bekannte alte Maschinerie des Versailler Vertrages in Bewegung gesetzt, wie früher, wo Deutschland noch nicht Mitglied des Völkerbundes war. Die Räder der Maschinen sind in der Reihenfolge: Militärkontrollkommission in Berlin mit General Walch, Interalliierte Militärkommission in Versailles mit General Foch, Botschafterkonferenz der Ententemächte in Paris, Genfer Konferenzen der Entente-Außenminister, und erst dann kamen schließlich die Konferenzen mit Hinzuziehung Stresemanns. Das alles trotz der tiefen Gegensätze unter den „Sieger"staaten. Die Labilität der neuen Gruppierungen veranlaßt die Entente, weiterhin formell an den alten geschaffenen Institutionen festzuhalten.

Die Umstände und Ereignisse, von denen diese Genfer Tagung begleitet war, haben auch der fügenhaften Behauptung einen weiteren kräftigen Stoß versetzt, als wollte oder könnte der Völkerbund etwas im Interesse des Friedens tun. Das Gegenteil hat sich gezeigt. Nicht nur, daß die Völkerbundkulissen nur dazu dienen, um die sich verschärfenden Konflikte der Imperialisten vor den Augen der friedenssehnsüchtigen Massen zu verbergen. Es zeigt sich, daß diese Völkerbundsitzungen selbst die bestehenden Konflikte verschärfen und neue hinzufügen, weil die Mächte zur Vorbereitung ihres Kuhhandels in Genf stets Trümpfe anhäufen und die Konflikte sogar künstlich zuspitzen, sozusagen auf die Zeit der Völkerbundsitzung „aufsparen". Deshalb ist es kein Zufall, daß sich die schärfsten Konflikte der letzten Jahre immer unmittelbarer vor dem Zusammentritt oder während der Tagung des Völkerbundes gezeigt haben.

So wurde die gegenwärtige Völkerbundtagung durch die äußerste Zuspitzung der italienisch-französischen Spannung vorbereitet. Mussolini tat noch ein übriges dazu, indem er während der Tagung den Text seines Protektoratsvertrages mit Albanien veröffentlichen ließ. Auch die von italienischer Seite hartnäckig lancierten Meldungen über eine italienisch-deutsche Annäherung dienten dem Zweck, die italienisch-französische Spannung zu vergrößern. Die ganze Völkerbundratstagung, besser gesagt, alle Geheimkonferenzen der Großmächte in Genf, standen nicht zuletzt im Zeichen dieser italienisch-französischen Spannung. Dieser Konflikt rollte den gesamten Kampf um die Vorherrschaft in Mitteleuropa, in Westeuropa, auf dem Balkan, im Mittelmeer, im nahen Osten, um die Neuverteilung der kolonialen Beute auf.

Die italienischen Vorstöße gegen Frankreich waren aber nur ein Teil des Manövers des englischen Imperialismus. Im Fluß der Neugruppierungen zeichnete sich diesmal in Genf sehr deutlich die englisch-italienische Zusammenarbeit ab. Sie wurde von Chamberlain benutzt, um Frankreich unter Druck zu setzen, bzw. die Thoiry-Politik, d. h. eine deutsch-französische Verständigung unter Ausschaltung Englands zu hintertreiben. Chamberlain war krampfhaft bemüht, seine seit Locarno verlorene Position eines Schiedsrichters zwischen Deutschland und Frankreich wiederzugewinnen. In dieser Bestrebung konnte er sich nicht nur auf Mussolini stützen, sondern auch des Wohlwollens des amerikanischen Imperialismus sicher sein, da auch Amerika keine deutsch-französische Verständigung unter Ausschaltung des Dollar-Imperialismus wünscht. Der Vorstoß Chamberlains ist nur bis zu einem gewissen Grad geglückt. Die Fäden der deutsch-französischen Verhandlungen sind nicht abgeschnitten worden, wohl aber erleidet die Entwicklung der Thoiry-Politik durch das Dazwischentreten Englands eine weitere Verzögerung. Chamberlain ist es in seinem Bestreben, den Locarno-Block gegen die Sowjetunion zu festigen, Deutschland fester in eine sowjetfeindliche Front einzugliedern und zu diesem Zweck auch eine polnisch-deutsche Annäherung zu

Will der ADGB den Kampf?

Berlin, 13. Dezember. (Eig. Drahtbericht.)

Vergangenen Sonnabend tagte in Berlin die Bundesausschußsitzung des ADGB. Sie nahm Stellung zur Frage der Verkürzung der Arbeitszeit. Leipart, Graßmann und Spliedt sprachen über das von den Gewerkschaften verlangte Notgesetz und über die Vorschläge der Regierungsparteien und der Regierung. Die Vorschläge seien nach Graßmann „eher eine Verschlechterung denn eine Verbesserung des geltenden Rechts" vor. Die Regierung stehe auf dem Standpunkt, keine vorläufige Regelung der Arbeitszeitfrage vorzunehmen, sondern verweise auf die bevorstehende Verabschiedung des Arbeitszeitgesetzes. Der Gesetzentwurf enthalte nichts von den Wünschen der Gewerkschaften, sondern berücksichtige nur die Wünsche der Unternehmer. Spliedt erklärte, angesichts dieser Lage habe „eine parlamentarische Aktion allein wenig Aussicht auf Erfolg". Eine große Aktion „zur Aufrüttelung der Mitgliedschaft" müsse einsetzen und die einzelnen Verbände müßten die Werbeaktion für das gewerkschaftliche Notgesetz mit allen Kräften unterstützen. Die Bundesausschußsitzung hat die Dringlichkeit der Frage und konkrete Kampfmaßnahmen und Anweisungen an die einzelnen Verbände zu geben, abgelehnt.

Der Bundesausschuß verzicht sich nach wie vor auf die SPD-Reichstagsfraktion, die die Frage des Achtstundentages zu einem Objekt der Großen Koalition macht. Die Arbeiterschaft hat sofort statistisch vorzugehen und die Kündigung der Arbeitszeitabkommen in den jetzt ausgebrochenen Kämpfen der Schuh- und Textilindustrie durchzuführen.

Neue Koalitionsverhandlungen

Berlin, 13. November. (Eig. Drahtbericht.)

Die SPD-Führer werden heute nach der Sitzung des Reichskabinetts von Marx zu Verhandlungen empfangen werden. Diese Besprechungen werden ohne Rücksicht darauf stattfinden, ob Stresemann schon aus Genf zurückgekehrt ist.

Der Vorwärts schreibt zu einigen demokratischen und Zentrumsstimmen, die sich für die Weimarer Koalition erklären, „daß man die Drohung mit der Weimarer Koalition nur dazu benutzt, um die Volkspartei für die Große Koalition mürbe zu machen". Die „Welt am Montag" behauptet, es sei mit einer Verschleppung der Regierungskrise über Weihnachten zu rechnen.

Streik in den Dresdner Zigarettenfabriken

Seit heute morgen stehen die Zigarettenmaschinenführer in den Dresdner Zigarettenfabriken im Streik. Die Ursache des Streiks ist in Lohndifferenzen zu suchen. Verhandlungen über die Beilegung des Kampfes finden heute zwischen der Branchenleitung des DMV. und dem Industriellenverband statt. Falls es zu keiner Einigung kommt, ist damit zu rechnen, daß die gesamte Arbeiterschaft der Dresdner Zigarettenindustrie in den Streik hineingezogen wird, bzw. die Aussperrung der Unternehmer erfolgt.